# Übersicht der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 – Themenschwerpunkte Barrierefreiheit, Inklusion und Selbsthilfe

Die Inhalte Wahlprogramme der Parteien CDU, DIE GRUENEN, SPD, FDP und DIE LINKE werden im Folgenden sortiert nach den Themen Arbeit, Gesundheit, Bildung, Mobilität, Wohnen und Städtebau, Medien und Internet und Sonstiges dargestellt.

## Arbeit

|  |  |
| --- | --- |
| CDU | * Ziel ist ein **inklusiver erster Arbeitsmarkt**. Die CDU will gemeinsam mit den Schwerbehindertenvertretungen das betriebliche Eingliederungsmanagement stärken sowie Frühwarnsysteme und effiziente Präventivmaßnahmen ausbauen (62) * Die CDU möchte an **Werkstätten** für behinderte Menschen festhalten. Sie möchten die Berechnung des Werkstattlohns neu regeln und gleichzeitig die derzeitige Deckelung des **Arbeitsförderungsgeldes** aufheben (62) |
| DIE GRUENEN | * Sie wollen einen **inklusiven Arbeitsmarkt** schaffen und dafür Arbeitgeber\*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen. Die **Ausgleichsabgabe** soll erhöht werden und in die Förderung inklusiver Beschäftigung investiert werden (46) * das heutige **Werkstattsystem** soll zu einem **System von Inklusionsunternehmen** weiterentwickelt werden, in dem Menschen mit Behinderungen über die Inanspruchnahme von bedarfsgerechten Nachteilsausgleichen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mindestens auf Mindestlohnniveau ermöglicht wird. Sie möchten Arbeitnehmer\*innen-Rechte sicherstellen und den Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern. Tagesförderstätten sollen in diesen Prozess mit einbezogen werden (46) |
| SPD | * Die SPD will durch **Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen** und Weiterentwicklung der **Ausgleichsabgabe** Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen erhöhen (44) * Sie fordern eine einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber\*innen kleiner und mittlerer Unternehmen, die bei Fragen beispielsweise zu Barrierefreiheit oder Lohnzuschüssen berät (44) * Sie fordern ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in jeder Lebensphase und einen Anspruch auf Qualifizierung nach drei Monaten ohne neue Erwerbsarbeit **(Arbeitslosengeld Q)** (31) |
| FDP | Keine besonderen Ausführungen |
| DIE LINKE | * Die **Arbeitsbedingungen der Assistenz**-**und Unterstützungskräfte** sollen verbessert werden.Ihre Arbeit soll tariflich entlohnt werden, auch wenn sie im soge­nannten Arbeitgebermodell direkt bei den Assistenznehmer\*innen beschäftigt sind. Die Tariflöhne sollen mindestens auf dem Niveau der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sein. Zudem soll für öffentliche Aufträge eine Tariftreueregelung gelten (110) * Die gesetzliche **Beschäftigungspflicht von Unternehmen** soll wieder auf sechs Prozent angehoben und konsequent – unter der Maßgabe von Sanktionen – umgesetzt werden. Initiativen zum Abbau von Lang­zeitarbeitslosigkeit sollen gezielt auch Menschen mit Behinderungen einschlie­ßen. Dabei seien Frauen mit Behinderungen besonders zu berücksichtigen (111) * Die **Ausgleichsabgabe** solle deutlich angehoben werden. Regelungen, die es Unternehmen ermöglichen, die Zahlung der Ausgleichsabgabe zu reduzieren, sollen beseitigt werden. Die Mittel der Ausgleichsabgabe sollen nur für die Schaffung und Sicherung inklusiver Bedingungen auf dem allgemeinen Arbeits­markt und nicht für institutionelle Förderungen verwendet werden (111) * **Inklusionsunternehmen** mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sollen deutlich ausgeweitet und stärker gefördert werden (111) * **Sonderarbeitswelten** wie Werkstätten für behinderte Menschen sollen Schritt für Schritt überflüssig gemacht werden. Betroffene sollen dabei keine Minderung des sozialen Schutzes bzw. der Alters­sicherung erfahren, die gegenwärtig an die Werkstätten für behinderte Menschen geknüpft sind. Die sofortige Einführung des Tarif- bzw. des gesetzlichen Mindestlohnes in den Werkstätten sehen sie als Zwischenschritt (111) * Die Rechte der Schwerbehinder­tenvertretungen und der Werkstatträte sollen an die Rechte der Betriebs- und Personalräte angeglichen werden. **Menschen mit Behinderungen sollen für ihre politische Arbeit eine Arbeitsassistenz bereitgestellt** bekommen. Die Tätigkeiten der Frauenbeauftragten und der Werkstatträte sollen bedarfsdeckend finanziert und abgesichert werden (111) |

## Gesundheit

|  |  |
| --- | --- |
| CDU | Keine besonderen Ausführungen |
| DIE GRUENEN | * Wollen mit einem **ressortübergreifenden Inklusionsplan** Hürden umfassend abbauen, die Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische Vorgänge reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben zur Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Das Gesundheitswesen soll insgesamt inklusiv ausgestaltet werden, unter anderem auch in der Aus- und Fortbildung des Personals (50) * **Gesundheitsdaten** sollen für Patient\*innen barrierefrei und sicher zugänglich sein. Alle von der Solidargemeinschaft finanzierten digitalen Angebote sollen barrierefrei sein und den höchsten Ansprüchen an Datenschutz und Datensicherheit genügen (51) |
| SPD | Keine besonderen Ausführungen |
| FDP | Keine besonderen Ausführungen |
| DIE LINKE | * Neben Hindernissen beim Zugang zu Arzt­praxen, Krankenhäusern und Gesundheits­einrichtungen, möchte DIE LINKE auch **Untersuchungstechniken und Kommuni­kation** den besonderen Bedürfnissen von älteren Patient\*innen und Menschen mit Behinderung anpassen. Leichte Sprache, lesbare und verständliche Patienteninformationen sowie entsprechende Beratungs­leistungen sollen selbstverständlich wer­den (36) * In **speziellen Modulen in Aus-, Fort- und Weiterbildung** sollen das medizinische und pflegerische Fachpersonal bedarfsgerechter und dis­kriminierungsfreier Umgang mit Menschen mit Behinderungen vermittelt werden (36) * Die **Mitnahme persönlicher Assistenz** zu medizinischen Untersuchungen und stationären Krankenhausaufenthalten sowie zum Besuch von Vorsorge- und Rehabilitations­einrichtungen soll garantiert werden, auch wenn sie nicht über das Arbeitgebermodell organisiert wird (36) * **Digitale Gesundheitstechnologien** sollen barrierefrei gestaltet und allen Menschen diskriminierungsfrei zugänglich sein. Die Mitsprache der betroffenen Menschen mit Pflegebedarf sei zu definieren (99) |

## Bildung

|  |  |
| --- | --- |
| CDU | Keine besonderen Ausführungen |
| DIE GRUENEN | * Mit einem **Bundesinklusionsgesetz** soll sichergestellt werden, dass alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich auch an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien richten. Die bestehenden Rechtsansprüche gelten für sie weiter. Das Ziel eines inklusiven SGB VIII soll zügiger erreicht werden. Länder und Kommunen, die bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der Jugendhilfe vereinen wollen, sollen mit einem Bundesmodellprogramm unterstützt werden (40) * Das Ziel ist ein Bildungssystem, das überall und für alle gute Ausgangsbedingungen für eine gebührenfreie, zukunftsgerichtete und inklusive Bildung sichert und unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltstitel oder Behinderungen gleiche und gerechte Chancen garantiert (62) * Das Engagement des Bundes beim **Platzausbau inklusiver KiTas** soll weitergeführt und verstärkt werden (62) * Schulen brauchen zeitgemäße Raumkonzepte mit genügend Platz für vielfältige und inklusive Lernformen. Multiprofessionelle Teams sollen Kindern in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen bestmögliche Unterstützung bieten (61) * Mit dem Ausbau und der Verbesserung der **inklusiven assistierten Ausbildung** und ausbildungsbegleitender Hilfen sollen mehr Jugendliche in Ausbildung unterstützt werden (65) * Sie fordern **IT-Barrierefreiheit an Hochschulen** ein. Digitale Beratungs- und Betreuungsangebote für Studierende sollen ausgeweitet werden (65) * Auszubildende und Studierende mit Behinderung erhalten bei Auslandsaufenthalten ein Budget zur Deckung ihrer Bedarfe, das den Leistungen entspricht, die sie im Inland erhalten (46) |
| SPD | * Sie fordern ein Recht auf **digitale Bildung und Weiterbildung** für Alle. Gerade Volkshochschulen seien ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger\*innen zu ermöglichen - kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Sie sollen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützt werden (14) * Sie fordern Lehr- und Lernmaterialien für inklusive, ganzheitliche Bildung (13) |
| FDP | * Die Wahlfreiheit zwischen Regelunterricht und speziellen Klassen beziehungsweise Schulen soll bei Eltern und ihren Kindern liegen. Sie setzen sich für den Erhalt dieser ein (16) |
| DIE LINKE | * Fordern einen **Rechtsanspruch auf inklusive Bildung** und das Recht auf das gemeinsa­me Lernen in einer Regelschule. Alle Schulen müssen über **barrierefreie Zugänge** für alle Kinder verfügen. Sie müssen über adäquate Ausstattung und Qualifizierung bei Personal, Assistenzleis­tungen, Lehr- und Lernmittel sowie sonstige Hilfsmittel für jedes Kind verfügen (48) * Sie wollen Förderschulen überflüssig machen. Eine der Bedingungen hierfür sei ein Zwei-Lehrer\*innen-System (48) * Bund, Länder und Kommunen sollen ein Investitionsprogramm »Inklusive Bildung« auflegen, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten (48) |

## Mobilität

|  |  |
| --- | --- |
| CDU | * Sie möchten einen **flächendeckenden Mindeststandard** schaffen, der allen Menschen einen gleichwertigen, barrierearmen und einfachen Zugang zum **ÖPNV** gewährt (130) |
| DIE GRUENEN | * **Bahnhöfe** sollen zu modernen, barrierefreien Mobilitätsstationen aufgewertet werden. Barrierefreiheit der Bahn soll in zehn Jahren erreicht werden (11) * **ÖPNV** soll bis 2030 vollständig barrierefrei und für Menschen mit Schwerbehinderung kostenfrei sein (11/73) * Mit einer nationalen **Fußmobilitätsstrategie** wollen sie Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und mehr Aufenthaltsqualität für Fußgänger\*innen schaffen (11) * Mit dem Mobilpass sollen die Angebote von 120 Verkehrs- und Tarifverbünden in Deutschland vereinfacht und verknüpft werden. Alle Mobilitätskonzepte sollen barrierefrei sein und eine Teilnahme auch ohne eigene digitale Endgeräte ermöglichen (12) * Sie wollen mit den Ländern eine **Mobilitätsgarantie** mit gesetzlich definierten Standards (wie Barrierefreiheit) für Erreichbarkeit und Erschließung einführen und erweiterte Angebote an öffentlicher Mobilität in ländlichen Räumen entwickeln (13) |
| SPD | * An Knotenpunkten soll die Einrichtung von barrierefreien **Mobilitätsstationen** für nachhaltige urbane Mobilität gefördert werden (11) |
| FDP | * Die FPD fordert die vollständige und umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum (29) |
| DIE LINKE | * Der **ÖPNV** soll flächendeckend und barrierefrei **ausgebaut** werden (62) * DIE LINKE fordert verlässliche, getaktete Fahrpläne und barrierefreie und nutzerfreundliche Bahnhöfe und Züge mit Servicepersonal (63) |

## Wohnen und Städtebau

|  |  |
| --- | --- |
| CDU | * Wollen mit erforderlichen Investitionen den altersgerechten und barrierefreien Umbau – insbesondere über KfW-Programme – unterstützen (124) |
| DIE GRUENEN | * Durch eine Erhöhung der Bundesförderung soll der Anteil barrierefreier Wohnungen deutlich erhöht werden (73) * wollen mit einem **„Barrierefreiheits-Gesetz“** den Bund innerhalb von zehn Jahren zur Herstellung der Barrierefreiheit seiner Gebäude verpflichten (73) |
| SPD | * Sie werden generationenübergreifende, alternative und barrierefreie Wohnformen in Städten und Quartieren fördern (38) * Dem großen Mangel an barrierefreien bzw. armen Wohnraum, Sporthallen und anderen Freizeiteinrichtungen soll durch ein **Bundesprogramm Barrierefreiheit** entgegengewirkt werden, das über entsprechende Ressourcen verfügen muss und Kommunen unterstützen soll (44) |
| FDP | * Sie fordern mehr barrierefreien oder -armen Wohnraum in Bestand und Neubau, um Menschen zu ermöglichen, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben zu können (84) |
| DIE LINKE | * Für den Wohnungsbau soll zukünftig ein grundsätzliches Gebot der Barrierefreiheit gelten. Für die Umsetzung eines sozialen, gemein­nützigen Wohnungsbaus mit barrierefreien Wohnungen und inklusiven Wohnangeboten bedürfe es einer Investitionsoffensive. Vermieter\*innen sollen die Zustimmung zu einem behinder­tengerechten Umbau ihrer Wohnung nicht mehr verweigern können (111/112) * **Öffentliche Investitionen und Fördergelder** sollen an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden (111) |

## Medien und Internet

|  |  |
| --- | --- |
| CDU | * Fordern ein **Recht auf digitalen Zugang**, auch für Menschen, die in Einrichtungen leben und eine **barrierefreie Medienvielfalt**. Menschen mit Behinderungen sollen ihr Recht auf informatorische Selbstbestimmung wahrnehmen können (62) |
| DIE GRUENEN | * Treten für eine eigenständige öffentliche Förderstiftung ein, die gesellschaftlich relevante, freie und offene Software fördert, deren Ergebnisse Gesellschaft, Wissenschaft, Schulen, Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung stehen und barrierefrei zugänglich sind (75/76) * Die **öffentliche Kulturförderung** soll künftig partizipativ, inklusiv und geschlechtergerecht abgestimmt sowie nach transparenten Kriterien angelegt sein. Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und inklusive Teilhabe sollen fester Bestandteil der Ausbildung zu Kulturberufen sein (86/87) |
| SPD | * Wollen allen Bürger\*innen in Deutschland eine **mediale Teilhabe** ermöglichen und barrierefreie Angebote ausbauen (50) |
| FDP | * wollen öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten (89) |
| DIE LINKE | * fordert inklu­sive digitale Formate und ausreichende Bereitstellung der dafür benötigten finanziellen Mittel, um den gleichberechtigten und chancengerechten Zugang zu Produkten und Dienstleistungen für alle sicherzustellen. |

## Sonstiges

|  |  |
| --- | --- |
| CDU | Keine besonderen Ausführungen |
| DIE GRUENEN | * Sie wollen die **Selbstvertretungsstrukturen** von Menschen mit Behinderungen stärken und absichern (46) * wollen mit einem „**Barrierefreiheits-Gesetz“** private wie öffentliche Anbieter\*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen zu umfassender Barrierefreiheit verpflichten. Kleine Unternehmen werden durch eine Überforderungsklausel geschützt, aber zu angemessenen Vorkehrungen verpflichtet (73) * Wollen die verbindliche Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** und deren verbindliche Umsetzung mit einer Enquete-Kommission begleiten (46) * Wollen das **Bundesteilhabegesetz** weiterentwickeln: kein Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen, echtes Wunsch- und Wahlrecht, Leistungen unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten und ein Bundesteilhabegeld. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach, unbürokratisch und schnell sein (46) * Die **Verbrechen der deutschen Geschichte** gegenüber Menschen mit Behinderung wollen wir weiter aufarbeiten und die Opfer angemessen entschädigen (73) * Wir fördern die Barrierefreiheit von **Frauenhäusern** und Beratungseinrichtungen, damit auch für von Gewalt betroffene Frauen mit Behinderungen Schutzmöglichkeiten zur Verfügung stehen (79) * Mit **barrierefreien E-Government-Dienstleistungen**, sicheren digitalen Beteiligungsformaten und Open Government wollen DIE GRUENEN die Verwaltung modernisieren und unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen (68) * wollen den Erfolg Deutschlands und der Unternehmen neben ökonomischen auch anhand inklusiver, sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Kriterien messen und die politischen Leitplanken wie Anreize und Wirtschaftsförderung entsprechend neu ausrichten. Dafür soll in Zukunft gemeinsam mit dem Jahreswirtschaftsbericht ein Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Die Bilanzierungsregeln sollen um soziale und ökologische Werte erweitert werden (29) |
| SPD | Keine besonderen Ausführungen |
| FDP | * wollen das Once-Only-Prinzip einführen: Bürgerinnen und Bürger müssen bestimmte Daten der öffentlichen Verwaltung nur noch einmal und nicht jeder Behörde einzeln mitteilen. Alle notwendigen Amtsgänge sollen virtuell und barrierefrei möglich und alle Dienstleistungen mit digitalen, medienbruchfreien Verfahren durchführbar sein (Deutschlandportal) (30) |
| DIE LINKE | * die **Selbsthilfe** soll angemessen finanziert werden. Die Förder­verfahren seien transparent und unbürokratisch auszugestalten (36) * wollen die bundesweit circa 500 **Beratungsstellen der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung** (EUTB), finanziell und personell so ausstatten, dass sie ihre Beratungsdienste langfristig und barrierefrei anbieten können. Die dort tätigen Beschäftigten sollen nach Tarif entlohnt werden. Insbesondere Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung sollen als sozialversicherungspflichtig beschäftigte Berater\*innen tätig sein. Die Antragsverfahren zur Mittelbewilligung sollen verein­facht werden (111) * wollen ein garantiertes Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbe­reichen (110) * **fordern e**in Bundes­teilhabegesetz, das keine Kostenvorbe­halte, Einkommens- sowie Vermögensan­rechnungen und Zumutbarkeitsprüfungen vorsieht. Wir wollen, dass die **Teilhabeleistungen** für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung **bedarfsdeckend sowie einkom­mens- und vermögensunabhängig** in allen Lebensbereichen nach bundesweit einheitlichen Kriterien und durch Bundes­mittel finanziert werden (112) * wollen ein Teilhabegeld einführen (112) * wollen verbindliche und wirksame Regelungen in das Allgemeine Gleichbe­handlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) sowie in alle Gesetze aufnehmen, mit denen private Anbieter\*innen von öffentlich zugänglichen Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit gemäß UN-BRK verpflichtet werden. Sie wollen ein **Verbandsklagerecht** einführen (111) * fordern für Frauen mit Behinderung ein **Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und Elternschaft**. Dazu gehöre das Recht auf Erhalt und Förderung ihrer Fruchtbarkeit so­wie der Zugang zu Unterstützungsangeboten, zum Beispiel Assistenz zur Elternschaft, und der barrierefreie Zugang zu umfassen­der, unabhängiger Beratung. Zur Umsetzung des Rechts auf Elternschaft müssten flächendeckend Wohn- und Unterstützungsleistungen im Rahmen der begleiteten Elternschaft zur Verfügung gestellt werden (106) |